



Die Evangelische Allianz in Deutschland



Arbeitslosigkeit

Eine Herausforderung für Christen und Gemeinden

Die Evangelische Allianz nimmt Stellung

Arbeitslosigkeit

Eine Herausforderung für Christen und Gemeinden

Kaum ein Problem ist zurzeit in unserer Gesellschaft so aktuell und belastend wie das der Arbeitslosigkeit. Sicher geglaubte Arbeitsstellen werden wegrationalisiert, Produktionsorte aus Kostengründen ins Ausland verlegt, mittelständische Betriebe müssen Insolvenz anmelden, weil sie dem finanziellen Druck nicht mehr gewachsen sind. Dabei ist es außerordentlich schwer, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Vertreter fast aller Parteien sind sich einig, dass hier ein Grundübel mit vielen negativen Folgewirkungen liegt. Aber kaum jemand zeigt einen wirklichen Ausweg aus diesem Dilemma, vermutlich, weil er nicht ohne Einsatz und Kosten zu haben ist. Das ist in einer Zeit, in der „Geiz geil ist“, wenig attraktiv und bringt keine Stimmen.

Auch als Christen sind wir herausgefordert. Wir haben kein Recht, uns abzuwenden, so als ginge uns das alles nichts an. Unsere von Gott gegebene Platzanweisung ist mitten in der Welt, nicht eine Insel der Seligen oder ein kuscheliger Kokon, in dem uns die Sorgen der Menschen nicht berühren. Schon gar nicht haben wir ein Recht zu solcher Haltung, wenn wir selbst Arbeit haben und nicht betroffen sind. Licht der Erde und Salz der Welt kann nur der sein, der bei den Menschen ist, mit ihnen lacht und weint und vor allem bereit ist, ihnen zu helfen.

Leider zeugen fromme Ratschläge nicht immer von Sachkenntnis. Deshalb sind wir froh, dass der Textentwurf zu der vom Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz verabschiedeten Stellungnahme von Dr. Hermann Sautter, Professor für Wirtschaftswissenschaften, stammt. Mit ihm konnten wir einen wirklichen Experten für den Bereich der Wirtschaft gewinnen, der aber zugleich im Leben der Gemeinde des Jesus Christus beheimatet ist. Ehrenamtlich ist er Vorsitzender der Studentenmission in Deutschland. In Verbindung mit dem Politischen Arbeitskreis der Deutschen Evangelischen Allianz kam diese Stellungnahme zustande, mit einer klaren praxisnahen Analyse

der Problematik. Sie will Christen und Gemeinden konkrete Anregungen geben. Und sie ruft zur Wahrhaftigkeit auf. Denn wer helfen will, muss auch bereit sein, sich selbst einzubringen und mögliche Kosten zu tragen. Wer nur anklagt und lamentiert, wird wenig ausrichten. Vor allem handelt er damit nicht im Geist Jesu, der die Menschen liebt, nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Nur das kann auch der Weg seiner Nachfolger und Nachfolgerinnen sein. In diesem Sinne hoffen wir, dass diese Stellungnahme der Deutschen Evangelischen Allianz eine wirkliche Hilfe ist.



Peter Strauch
Vorsitzender



Hartmut Steeb
Generalsekretär

Arbeitslosigkeit

Eine Herausforderung für Christen und Gemeinden

Unterschiedliche Erfahrungen und Problembereiche

Arbeitslos zu sein, bedeutet nicht immer dasselbe. Manchmal ist einer nur wenige Wochen oder Monate ohne eine bezahlte Beschäftigung. Andere finden jahrelang keine Stelle. Für den einen ist „Arbeitslosigkeit“ der problemlose Übergang von einem Beschäftigungsverhältnis in ein anderes. Andere leiden unter der wiederholten Erfahrung, mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen nicht gebraucht zu werden. Die persönlichen Erfahrungen Arbeitsloser können also sehr unterschiedlich sein. Einige Beispiele sollen das illustrieren:

Michael, 33 Jahre alt, ist gelernter Galvaniseur. In Feierabendkursen hat er sich auf die Meisterprüfung vorbereitet. Nach erfolgreich bestandener Prüfung war er noch einige Jahre in seiner alten Firma tätig, einem Zulieferer der Autoindustrie. Dann nahm er eine „Auszeit“. Er wollte sich neu orientieren. Zwei Monate lang war er arbeitslos. Danach genützte einige Telefongespräche, um eine neue Stelle zu bekommen. Leute wie er – das ist seine Erfahrung – werden überall gesucht.

Heinz ist Diplomingenieur, 53 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei schulpflichtigen Kindern. Er war unter den 800 Personen, die seine Firma in einer schweren Absatzkrise entlassen hat. Er schrieb eine Bewerbung nach der anderen. Mehrfach wurde er zu Vorstellungsgesprächen eingeladen, aber jedes Mal bekam ein anderer den Zuschlag. Die 205. Bewerbung brachte schließlich den Erfolg: Umzug von Nord nach Süddeutschland, Verkauf der Eigentumswohnung, Umschulung der Kinder. Es war nicht einfach. Aber er ist froh, wieder in seinem Beruf arbeiten zu können.

Sascha, 22 Jahre, hat keinen Beruf erlernt. Er ist bei seiner Mutter aufgewachsen, die von Sozialhilfe lebt. Seinen leiblichen Vater hat er nie gesehen. In der Schule gab es immer Schwierigkeiten. Den Hauptschulabschluss hat er nur mühsam geschafft. Nach langem Suchen bekam er einen Ausbildungsvertrag bei einem Bäcker. Drei Monate später brach er die Ausbildung ab. Seitdem ist er arbeitslos gemeldet.

Harald, 33 Jahre alt, ist gelernter Elektriker. Nach seiner Ausbildungszeit hat er bei fünf verschiedenen Firmen gearbeitet. Immer gab es Ärger mit dem Chef. Seine letzte Stelle hat er verloren, weil der Betrieb reorganisiert wurde. Harald hat kein großes Interesse, bald wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Er wohnt bei seiner Mutter. Sie bezieht Rente, er „Hartz IV“. Im Haus und Garten gibt es viel zu tun, und die Nachbarn sind immer dankbar, wenn er ihnen (gegen ein ordentliches Taschengeld) bei Reparaturen hilft. Dass dies Schwarzarbeit ist, stört ihn nicht.

Alexandra ist 42 Jahre alt, war in der Verwaltung eines volkseigenen Betriebes der DDR beschäftigt. Nach der Wende wurde der Betrieb vom früheren Besitzer übernommen. Es gab Absatzschwierigkeiten. Zwei Drittel der Belegschaft wurden entlassen, darunter auch Alexandra. Derzeit macht sie eine Umschulung mit, die vom Arbeitsamt finanziert wird.

Jede dieser persönlichen Erfahrungen steht für sich selbst. Aber sie repräsentieren zugleich typische Problemgruppen. Eine erste Gruppe umfasst Personen, die nur kurzfristig ohne Beschäftigung sind. Oft finden sie auch ohne die Vermittlung durch eine Arbeitsagentur innerhalb von Tagen, Wochen oder Monaten eine neue Stelle. Sie gelten als „nicht vermittlungsbedürftig“. Es wird geschätzt, dass etwa 20–30% der arbeitslos Gemeldeten dazu gehören. *Michael* ist ein Beispiel dafür.

Eine zweite Gruppe besteht aus Personen, die als „vermittlungsbedürftig“ und „vermittelbar“ gelten. Sie sind zwar auf die Vermittlung durch eine Arbeitsagentur angewiesen, doch ihre Qualifikation gibt ihnen durchaus eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Man schätzt, dass etwa 30% der Arbeitslosen zu dieser Gruppe gehören. *Heinz* illustriert diesen Fall.

Zu einer dritten Gruppe gehören die „schwer vermittelbaren“ Arbeitslosen. Beispiele dafür sind: Ältere Personen, für deren Qualifikation keine Nachfrage mehr besteht, und die sich nicht mehr neu qualifizieren können (oder wollen); Personen ohne abgeschlossene Schulbildung, die keine Berufsausbildung durchlaufen haben; Menschen ausländischer Herkunft ohne berufliche Ausbildung und mit geringen Kenntnissen der deutschen Sprache; gesundheitlich beeinträchtigte Personen. Es wird geschätzt, dass diese Gruppe etwa 25–30% der registrierten Arbeitslosen umfasst. *Sascha* gehört dazu.

Eine vierte Gruppe bilden diejenigen, die nicht ernsthaft an einem Arbeitsplatz interessiert sind, und bei denen alle Vermittlungsversuche ins Leere stoßen. Dazu gehören beispielsweise Personen, die für immer oder vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sich aber so lange wie möglich Zahlungsansprüche sichern wollen; für die sich eine Erwerbsarbeit nicht lohnt, weil ihr Einkommen gepfändet ist oder weil sie hohe Unterhaltszahlungen leisten müssen, oder die einfach nicht regelmäßig für einen „Arbeitgeber“ tätig sein wollen. *Harald* illustriert diesen Fall. Man schätzt, dass etwa 15–20% der registrierten Arbeitslosen dazu gehören.

Des Weiteren gibt es eine große Gruppe von Personen, die keine bezahlte Beschäftigung ausüben und sich in staatlich finanzierten Fortbildungs-, Arbeitsbeschaffungs- und ähnlichen Maßnahmen befinden. Sie werden nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik geführt. *Alexandra* kann dazu gerechnet werden. Viele von ihnen sind „vermittlungsbefähigt“ und „vermittelbar“. Nicht unerwähnt seien schließlich diejenigen, die gern arbeiten möchten, aber die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz nach ihren Vorstellungen aufgegeben und sich deshalb gar nicht arbeitslos gemeldet haben (die so genannte „Stille Reserve“ auf dem Arbeitsmarkt).

Über die angegebenen Prozentzahlen wird man streiten können. Dass aber von unterschiedlichen Problemgruppen der genannten Art gesprochen werden muss, lässt sich nicht bestreiten. Es wäre daher irreführend, wollte man in „den Arbeitslosen“ der Bundesrepublik eine homogene Bevölkerungsgröße sehen. Ebenso verfehlt wäre es, wollte man von einer Konjunkturbelebung durch staatliche Maßnahmen oder von einer Stimulierung des Wirtschaftswachstums die Überwindung aller Formen der Arbeitslosigkeit erwarten. Es wird auch nicht möglich sein, durch eine „Umverteilung der Arbeit“ alle Probleme zu lösen. Menschen wie *Sascha* werden beispielsweise nicht damit rechnen können, durch eine Verringerung der Arbeitszeit von Personen wie *Michael* eine Beschäftigung zu finden. So unterschiedlich, wie die Problembereiche der Arbeitslosigkeit sind, so verschieden müssen auch die Lösungen sein. Darüber wird man nur sachgemäß sprechen können, wenn man einen Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Ursachen des unbefriedigenden Beschäftigungsstandes in der Bundesrepublik wirft.



Zu den Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in Deutschland

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat viele Ursachen. Dazu gehören: Technologische Entwicklungen, die zunehmende internationale Verflechtung der Märkte („Globalisierung“) und eine unzureichende Anpassung an die dadurch ausgelösten Änderungen.

Technologische Entwicklungen

Verbesserungen an Kapitalgütern und ein geradezu revolutionärer Wandel in der Informationstechnologie haben dazu geführt, dass bei vielen Produktionsvorgängen der Einsatz von Geräten und Maschinen kostengünstiger geworden ist als der unmittelbare Einsatz von Arbeitskräften. Davon ist insbesondere einfache, unqualifizierte Arbeit betroffen. Sie kann am ehesten durch intelligente Maschinen ersetzt werden. Zugleich hat der technische Fortschritt den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften erhöht, denn auch intelligente Maschinen müssen von Menschen hergestellt werden.

Der technische Fortschritt ist gewollt. Wir alle schätzen die Annehmlichkeiten, die er uns bringt. Als Verbraucher fragen wir nach Produkten, die uns das Leben erleichtern und möglichst preisgünstig sind. Als Arbeitskräfte bevorzugen wir eine körperlich einfache, saubere Arbeit, die

gut bezahlt wird. Mit diesen Wünschen regen wir als Verbraucher und als Arbeitskräfte zu immer neuen technischen Verbesserungen an, auch wenn wir möglicherweise den Strukturwandel beklagen, den diese Verbesserungen auslösen. Es ist nicht möglich, den massenhaft geäußerten Wunsch nach einem leichteren Leben und nach einer gut bezahlten Arbeit zu übergehen. Deshalb ist der technische Fortschritt unvermeidlich.

Er hat die Arbeitswelt grundlegend revolutioniert. Vom Einzelnen wird ein hohes Maß an Flexibilität gefordert. Er muss eine traditionelle Arbeitnehmer-Mentalität ablegen und lernen, in jeder Hinsicht selbstständig zu werden. Als „Unternehmer“ muss er selbst die Nachfrage für seine Arbeitsleistung suchen. In einem höheren Maße als bisher ist er auch selbst verantwortlich für die Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit usw.

Die Globalisierung der Märkte

Technische Neuerungen sind es auch, die die Dynamik dieser zweiten Ursache der Arbeitslosigkeit verstärkt haben. Physische und kulturelle Entfernungen fallen beim Austausch von Waren und Dienstleistungen immer weniger ins Gewicht. Ein Ingenieurbüro in Tschechien kann beispielsweise unschwer in die Planung eines Neubaus in der Bundesrepublik einbezogen werden. Die Kommunikationsmedien machen einen Ortswechsel unnötig. Auch der Industriearbeiter in Mexiko gibt seinen Wohnort nicht auf, wenn er Waren für den deutschen Markt produziert. Nun ist das Produktivitätsniveau eines Ingenieurs in Tschechien oder eines Facharbeiters in Mexiko oft nicht wesentlich niedriger als das einer vergleichbaren deutschen Arbeitskraft. Das Lohn- und Preisniveau in diesen Ländern liegt aber noch unter dem deutschen. Deshalb besitzen Entwicklungs- und Transformationsländer gegenwärtig bei der Herstellung vieler Produkte und Dienstleistungen einen Kosten- und Preisvorteil. Wenn die in Deutschland hergestellten Güter und Dienstleistungen nicht qualitativ besser sind, schneller bereitgestellt werden oder einen anderen Wettbewerbsvorteil aufweisen, werden sie vom Markt verdrängt. Dafür sorgen wir alle mit unseren Verbraucherwünschen. Die Folge davon ist ein Verlust an Arbeitsplätzen. Was wir als Arbeitnehmer beklagen, das erzwingen wir als Verbraucher.

Wir sollten die Globalisierung nicht bedauern. Die wachsende Verflechtung der Märkte bietet unzähligen Menschen in aller Welt die Chance, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Für eine Textilarbeiterin in Dacca (Bangladesch) ist es beispielsweise ein erheblicher Gewinn an Lebensqualität, wenn sie einen Arbeitsplatz in einer exportorientierten Näherei findet. Die Alternative dazu ist ein Leben im Dorf, in dem es für sie keine Arbeit mit geregelter Bezahlung gibt. Was hier zählt, ist nicht der Vergleich zwischen einem hoch bezahlten Arbeitsplatz in der Bundesrepublik und dem niedrig bezahlten in der Textilfabrik eines Entwicklungslandes, sondern der Vergleich zwischen dieser Fabrikarbeit und den sehr viel schlechteren Alternativen im gleichen Land. Es ist zwar nicht zu übersehen, dass die Arbeitsbedingungen in den Exportindustrien der Entwicklungsländer häufig nicht den international vereinbarten Mindeststandards entsprechen. Dann ist alles daran zu setzen, diese Bedingungen in Zusammenarbeit mit den Unternehmen und den öffentlichen Behörden dieser Länder zu verbessern. Das wird aber nur dann gelingen, wenn die Industrieländer die Exportchancen der Entwicklungsländer nicht verschlechtern, indem sie Importhindernisse für Waren aus „Niedrig-Lohn-Ländern“ errichten. Man sollte nicht Anderen die Chancen der Globalisierung nehmen, die man selbst in Anspruch nimmt – nämlich Arbeitsplätze durch die Beteiligung am Welthandel zu schaffen.

Erschwerter Strukturwandel

Neue Arbeitsplätze entstehen durch neue Unternehmen und durch Innovationen in bestehenden Unternehmen – sieht man einmal von der Ausweitung der Produktion bisher bekannter Produkte ab, die mit bekannten Methoden hergestellt werden, wovon keine großen Beschäftigungswirkungen zu erwarten wären. Nun ist es in der Bundesrepublik vergleichsweise schwierig, ein neues Unternehmen zu gründen, Wer dies tun will, hat mit sehr viel größeren rechtlichen und verwaltungsmäßigen Hindernissen zu rechnen als in vielen anderen Ländern. Ähnlich ist es mit den Finanzierungsmöglichkeiten für einen neuen Unternehmer, der außer seinen Ideen noch nichts zu bieten hat. Für die Umsetzung solcher Ideen Kapital zu finden, ist bei uns schwieriger als beispielsweise in angelsächsischen Ländern. Dazu kommt ein vergleichsweise aufwändiges Prüfverfahren, dem viele Forschungsaktivitäten unterworfen

werden. Die Risiken technischer Neuerungen werden bei uns im Allgemeinen höher und die Vorteile dieser Neuerungen niedriger bewertet, als dies in vielen anderen Ländern der Fall ist, mit denen wir aber im Wettbewerb stehen.

Etwas Weiteres kommt hinzu. Unsere Wirtschaftspolitik ist offenbar mehr an der Erhaltung bestehender Strukturen interessiert als an der Förderung neuer. Mit hohen Milliardenbeträgen werden beispielsweise Branchen subventioniert, die international nicht wettbewerbsfähig sind. Dies geschieht nicht zuletzt deshalb, weil man damit Arbeitsplätze erhalten will. Dabei ist offenkundig, dass dies nicht auf Dauer möglich sein wird. Die dafür ausgegebenen Mittel fehlen aber, wenn es um die Förderung zukunftsfähiger Produktionszweige und damit verbundener Arbeitsplätze geht.

Auch die Verfassung unserer Arbeitsmärkte erschwert in mancher Hinsicht die Anpassung der Beschäftigung an neue Produktionsbedingungen. Wer einen Arbeitsplatz hat, genießt bei uns einen Rechtsschutz, der im internationalen Vergleich sehr weitgehend ist. Weil dies die Arbeitskosten erhöht, wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschwert. Der Schutz bestehender Arbeitsverhältnisse wird also tendenziell höher bewertet als die Schaffung neuer.

Man kann diese Überlegungen wie folgt zusammenfassen: Unsere Wirtschaft wird zu einem Strukturwandel gezwungen. Dafür sorgen technische Entwicklungen und das Zusammenwachsen der nationalen Märkte. Weder der technische Fortschritt noch die Globalisierung der Wirtschaft ist zu verhindern. Davon abgesehen wäre der Versuch, es zu tun, ethisch gesehen, fragwürdig. Es kommt also darauf an, den unvermeidlichen Strukturwandel zu vollziehen. Bezogen auf den Arbeitsmarkt bedeutet dies, dass für alte Arbeitsplätze, die nicht mehr zu halten sind, neue geschaffen werden müssen. Das erfordert ein hohes Maß an Flexibilität der wirtschaftlichen Institutionen, eine Zukunftsorientierung der Politik, die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Man wird nicht sagen können, dass diese Voraussetzungen in der Bundesrepublik in hinreichendem Maße gegeben wären. Hier ist also anzusetzen, wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland überwunden werden soll. An die Politik richten sich dabei hohe Erwartungen, doch die politischen Möglichkeiten sind begrenzt.

Die begrenzten Möglichkeiten der Politik

Alle politischen Parteien der Bundesrepublik haben „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ zu einem wichtigen – wenn nicht dem wichtigsten – Ziel erklärt. Damit wecken sie Erwartungen, die sie aber nur in einem begrenzten Ausmaß selbst erfüllen können. Wo nämlich Privatpersonen und private Unternehmen unter den Bedingungen weltweiten Wettbewerbs darüber zu entscheiden haben, was, wann, wo und wie produziert wird, ist auch die Entstehung von Arbeitsplätzen hauptsächlich eine privatwirtschaftliche Angelegenheit – keine staatliche. Der Staat kann sie nur indirekt beeinflussen, indem er dafür geeignete Rahmenbedingungen schafft.

Die Mehrheit der Wirtschaftsexperten ist sich ziemlich einig darüber, wie diese Rahmenbedingungen aussehen müssen: Die Gründung neuer Unternehmen muss erleichtert werden; die Regulierungen der privatwirtschaftlichen Tätigkeit ist zu lockern; die steuerliche Belastung von Unternehmen muss gesenkt werden; damit der Staat seine unerlässlichen Aufgaben wahrnehmen kann, sind alle öffentlichen Subventionen zu streichen, die lediglich der Erhaltung überkommener Produktionsstrukturen dienen; die Vorsorge für soziale Risiken muss zu einem deutlich höheren Maße von jedem Einzelnen selbst übernommen werden; der Kündigungsschutz ist zu lockern; die Lohnbildung muss flexibler werden und sich stärker an der Entwicklung der Arbeitsproduktivitäten sowie an der Ertragslage einzelner Unternehmen orientieren und deshalb größere Ungleichheiten zulassen. Das sind nur einige der wiederholt geforderten Änderungen. Vieles spricht dafür, dass unter diesen Bedingungen die Arbeitslosigkeit deutlich verringert werden könnte.

Erscheint fraglich, ob die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler eine Politik will, die unser institutionelles Rahmenwerk konsequent in diese Richtung verändern würde. Der Ausgang demokratischer Wahlen lässt sich jedenfalls kaum als Unterstützung einer solchen Politik interpretieren. Denkbar ist aber auch, dass die Bevölkerung durchaus zu mutigen Reformschritten bereit wäre, wenn ihr ein alternatives Gesamtprogramm vorgelegt werden würde, das in glaubhafter Weise eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungslage verspricht. Das bisherige Reformstückwerk hat in der Bevölkerung weithin den Eindruck entstehen las-



sen, dass ihr nur Opfer abverlangt werden, dass es aber an einem überzeugenden Konzept für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fehlt.

Wie auch immer die politischen Lösungsvorschläge aussehen mögen, eines ist jedenfalls klar: Nur dasjenige Programm wird durchsetzbar sein, das von der Bevölkerung nicht nur verbal, sondern auch durch ihr praktisches Verhalten unterstützt wird. Doch es lässt sich bezweifeln, ob diese Übereinstimmung von Wort und Tat wirklich gegeben ist. Oft besteht der Eindruck, dass eine politische Lösung, die man lautstark fordert, durch das eigene Verhalten um ihren Erfolg gebracht wird. Man kann es auch einfacher ausdrücken: Zu Viele denken und handeln nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“.

Dieser Widerspruch zwischen hohen Erwartungen an den Staat und einem Verhalten, das ihm die Erfüllung dieser Erwartungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht, ist in vieler Hinsicht zu beobachten. So wird beispielsweise erwartet, dass der Staat eine besondere Verantwortung für gering qualifizierte Arbeitslose übernimmt. Verpflichtet er nun landwirtschaftliche Betriebe, bei der Ernte statt Wanderarbeiter aus Polen oder Rumänien arbeitslose Inländer zu beschäftigen, so nehmen nur wenige von ihnen diese Chance wahr. Sie mögen dafür ihre persön-

lichen Gründe haben (körperliche Beschwerden, ungewohnte und schmutzige Arbeit usw.), aber das ändert nichts an der Tatsache, dass diese Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weitgehend ins Leere stößt.

Auch die Wirkung von so genannten „Ein-Euro-Jobs“ ist begrenzt. Sie wurden geschaffen, um denjenigen Personen, die auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ keine Chancen haben, eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten. Wer eine solche Tätigkeit ausübt, kann sein Einkommen nur geringfügig über das Niveau des „Arbeitslosengeldes II“ („Sozialhilfe“) hinaus erhöhen. Für Viele ist dieser Arbeitsanreiz zu gering und sie tun sich schwer, einen solchen Job anzunehmen, zumal sie dann nicht genügend Zeit haben, um „schwarz“ zu arbeiten. Eingangs wurde auf das Beispiel von *Harald* hingewiesen, der diesen Fall illustriert. Es wird geschätzt, dass etwa 12 Millionen Erwerbspersonen als Vollzeit-, Teilzeit- und Gelegenheitskräfte mit Schwarzarbeit beschäftigt sind. Umgerechnet auf Vollzeitarbeitskräfte sind dies knapp 6 Millionen – mehr als die registrierten Arbeitslosen. Wer eine solche Tätigkeit in Auftrag gibt und wer sie übernimmt, entzieht dem Staat die Mittel, die er für sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einsetzen könnte.

Nun könnte der Arbeitsanreiz für Personen, die auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ keine Chance haben, dadurch erhöht werden, dass entweder das Niveau der Sozialhilfe deutlich abgesenkt wird oder bei gleichbleibendem Niveau die Ausübung von Tätigkeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, aus Steuermitteln stärker subventioniert wird. Die erste Möglichkeit scheidet aus sozialpolitischen, die zweite aus finanziellen Gründen. Wollte man für alle „schwer vermittelbaren“ Arbeitslosen höher subventionierte Jobs im Pflegebereich, im Umweltschutz, bei der Sanierung von Parkanlagen usw. schaffen, so entstünde ein Mittelaufwand, der nicht finanzierbar wäre. Dieses Problem ließe sich lösen, wäre die Einstellung der Menschen eine andere. Sähen sich beispielsweise die Empfänger von „Arbeitslosengeld II“ verpflichtet, für die in Anspruch genommene Grundversorgung eine Gegenleistung in Form gesellschaftlich nützlicher Arbeiten zu erbringen, ohne nach einer zusätzlichen Entlohnung zu fragen, dann gäbe es kein derartiges Finanzierungsproblem. Dass eine solche Einstellung als unrealistisch gilt, wirft ein

Licht auf die Wurzel unseres Problems. Vom Staat wird ganz selbstverständlich gefordert, dass er die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft. Aber die typischen Einstellungen und Verhaltensweisen in der deutschen Bevölkerung machen es dem Staat schwer, dieser Forderung nachzukommen.

Dies ist ein Widerspruch, der ganz allgemein das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat kennzeichnet. Einerseits wird von ihm gefordert, dass er das Ausbildungssystem verbessert, die Forschung unterstützt, Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt herstellt, soziale Unterschiede überwinden hilft, so weit wie möglich vor den Wechselfällen des Lebens schützt – und Vieles andere mehr. Andererseits gilt es als völlig normal, wenn man sich so weit wie möglich einer Kostenbeteiligung an diesen Aufgaben entzieht. Da werden unzählige Steuererklärungen trickreich gestaltet, um die Steuerlast so gering wie möglich zu halten. Mit derselben Absicht werden phantasievolle Arbeitsverträge formuliert, Handwerkerrechnungen arrangiert, Tauschgeschäfte abgeschlossen und Vermögenswerte ins Ausland transferiert.

Man kann darauf nicht hinweisen, ohne zugleich von der Mentalität der Selbstbereicherung zu sprechen, die Spitzenkräfte deutscher Unternehmen bisweilen an den Tag legen. Bekannt geworden sind die Fälle, in denen sich die Angehörigen von Leitungsgremien außerordentliche Gehaltssteigerungen, hohe Tantiemen und Abfindungen genehmigten, ohne dass dies in einem vertretbaren Verhältnis zur Leistung der Begünstigten für den Erhalt eines Unternehmens gestanden hätte. Als besonders empörend wurde es empfunden, wenn eine solche Selbstbereicherung Hand in Hand ging mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und mit dem Druck auf Lohnkürzungen. Es ist verständlich, wenn der einfache Arbeiter oder Angestellte angesichts solcher Fälle wenig Hemmung hat, sein eigenes, relativ bescheidenes Einkommen unter Anwendung aller ihm zur Gebote stehenden Tricks zu erhöhen.

Vom Schwarzmarkt, auf dem unter Vermeidung von Steuern und Sozialabgaben Leistungen im Wert von etwa einem Sechstel des Bruttosozialprodukts hergestellt werden, war bereits die Rede. Es ist unbestreitbar, dass die Aufblähung dieses Marktes durch die große Diskrepanz zwischen den Brutto- und den Nettoverdiensten einer Arbeitsleistung und

durch ein undurchschaubares Rechts- und Steuersystem mit verursacht worden ist. Der Laie hat angesichts der Höhe seiner Abgaben und dieses Gestrüpps an Vorschriften den Eindruck, als „der Ehrliche der Dumme“ zu sein. Man kann der Politik der vergangenen Jahrzehnte vorwerfen, dass sie nicht für eine konsequente Vereinfachung unseres Steuerrechts und nicht für eine deutliche Angleichung von Brutto- und Nettoverdiensten gesorgt hat. Doch sollte man nicht übersehen, dass viele der bestehenden Regelungen als Antwort auf entsprechende Forderungen der Bevölkerung zustande gekommen sind. Was beklagt wird, hat man zum großen Teil selbst verursacht.

Widersprüchlich ist auch das Verhältnis der Versicherten zu den Sozialversicherungen, die nach dem Solidaritätsprinzip aufgebaut sind. „Solidarität“ wird im Allgemeinen nur als ein Recht verstanden, das man Anderen gegenüber hat, und nicht gleichzeitig auch als eine Pflicht, die man gegenüber Anderen erfüllen müsste. Praktisch sieht das so aus, dass alle Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen ausgeschöpft werden und zugleich alle Eigenleistungen vermieden werden, die diesen Anspruch schmälern könnten (z.B. die Verwendung von Sparguthaben für die Finanzierung von Pflegeleistungen).

Für die Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Einrichtungen sowie des Staates wäre viel gewonnen, wenn im Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat „Wort und Tat“ besser übereinstimmen würden – wenn es also mehr Wahrhaftigkeit gäbe. Das könnte zur Entlastung des Staates von unerfüllbaren Aufgaben führen, zugleich aber seine Möglichkeiten verbessern, unersetzbare öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Das würde auch die Sozialversicherungssysteme entlasten und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen stärken.

Was Christen ganz allgemein zu einer „besseren Politik“ – auch einer wirksamen Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – beitragen können, ist nicht zuletzt das aktive Eintreten für diese Wahrhaftigkeit. Worin eine „christliche Politik“ zur Überwindung der Arbeitslosigkeit bestehen kann, lässt sich nicht leicht beantworten. Deshalb wird hier auch nicht versucht, einzelne beschäftigungspolitische Instrumente zu beurteilen, die in den letzten Jahren angewandt oder auch nur entworfen worden sind. Hier wird auch kein Forderungskatalog formuliert, der

dann den Politikern vorgelegt werden könnte. Es gibt schon genügend Kataloge dieser Art. Wozu Christen und Gemeinden herausgefordert sind, das ist nicht in erster Linie eine Diskussion politischer Einzelmaßnahmen. Die wichtigste Herausforderung besteht vielmehr darin, zu einer Änderung von Einstellungen, Mentalitäten, Erwartungen und Verhaltensweisen beizutragen. Das hilft nicht nur dem arbeitslosen Menschen, seine Probleme besser zu meistern. Das trägt auch dazu bei, den Handlungsspielraum für eine sachgerechte Politik zu erweitern.

Herausforderungen für Christen und Gemeinden

Wahrhaftig sein

Die Menschen in der Bundesrepublik haben sich in einem demokratischen Prozess für eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialordnung entschieden. Auch die Ausgestaltung des Steuersystems und der Sozialversicherungssysteme gehört dazu. Vieles daran ist änderungsbedürftig, aber solange nicht in einem demokratischen Prozess die notwendigen Änderungen beschlossen worden sind, müssen die bestehenden Regeln eingehalten werden. Das bedeutet praktisch: Steuern und Abgaben sind pflichtgemäß zu entrichten; Fragen an die Möglichkeiten der Eigenvorsorge sind ehrlich zu beantworten und Steuerformulare ehrlich auszufüllen; wo eine Eigenvorsorge möglich ist, darf sie nicht zu Lasten „der Gesellschaft“ zurückgehalten werden; jede trickreiche Schummelei im Umgang mit Steuerbehörden und Versicherungsämtern verbietet sich von selbst. Dies alles klingt trivial, ist es aber nicht in einem Umfeld, in dem die Ausbeutung sozialer Systeme durch ihre Mitglieder zum guten Ton gehört und damit die Selbstaussbeutung dieser Systeme ein Grundübel darstellt.

Die suggestive Wirkung des Leitspruchs „Der Ehrlich ist der Dumme“ ist nicht zu übersehen. Er verschafft der Unehrllichkeit eine subjektive Rechtfertigung, denn niemand will als der Dumme dastehen. Doch gerade diese Selbstrechtfertigung stellt die eigentliche langfristige und gesellschaftliche Dummheit dar, weil sich auf diese Weise alle gegenseitig schaden. Wer sich dem Sog dieses Wortes entzieht und auch dann ehrlich handelt, wenn dies nicht der gesellschaftlichen Konvention entspricht, ist deshalb im wahrsten Sinne des Wortes „klug“ und erbringt einen unverzichtbaren Beitrag für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Gesellschaft.

Christen sind aufgefordert, sich nicht nach dem „Schema dieser Welt“ (Römer 12,2) zu richten, das auch darin besteht, für jede Unwahrhaftigkeit eine Rechtfertigung zu suchen. Sich diesem Schema zu entziehen und wahrhaftig zu sein, macht ihre Identität aus. Nur so bleiben sie „Salz der Erde“ (Matthäus 5,13). Angewandt auf das hier behandelte Problem kann man sagen: Auf diese Weise treten sie der Selbstauss-

beutung sozialer Systeme entgegen. Sie handeln also „klug“, wenn sie nicht nach dem „Schema dieser Welt“ handeln.

Selbstständigkeit lernen

Die Veränderungen in der Arbeitswelt erfordern von Jedem ein wachsendes Maß an Selbstständigkeit. Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, als „Arbeitnehmer“ nur diejenigen Tätigkeiten auszuüben, die Andere uns zuweisen. Ob, wie lange und woran wir arbeiten, wird in zunehmendem Maße von unseren eigenen Entscheidungen abhängen. Auch die Art unserer Tätigkeiten beeinflussen wir weitgehend selbst, denn sie sind abhängig von dem, was wir gelernt haben und wie wir uns ständig weiterbilden. Im Erwerb von Wissen und Erfahrungen („Human-kapital“) und in der Suche nach einer Verwendung für unsere Fähigkeiten sind immer mehr unternehmerische Qualitäten gefragt.

Dazu gehört eine Selbstständigkeit, die Vielen schwer fällt. Ein guter Teil unserer Arbeitslosigkeit ist darauf zurückzuführen. Doch diese Selbstständigkeit kann man bis zu einem gewissen Grad lernen, und dazu sollten gerade Christen bereit sein und sich gegenseitig ermutigen. Es besteht kein Grund, der traditionellen Arbeitsgesellschaft nachzutrauern, die mehr Sicherheit bot und weniger Selbstständigkeit verlangte. Ebenso wenig ist die Angst begründet, dass durch die neuen Arbeitsbedingungen das Menschliche in der Arbeitswelt zwangsläufig verloren gehen müsste. Dass diese Gefahr besteht, ist nicht zu bestreiten. Aber wir können ihr entgehen, wenn wir die Gesetzmäßigkeiten der neuen Arbeitswelt nicht absolut setzen. Das ist auch bei einem großen beruflichen Engagement möglich, wenn die Prioritäten stimmen. Dann kann man die „Güter der Welt nutzen, als bräuchte man sie nicht“ (1. Korinther 7, 31), das heißt in dem Bewusstsein, dass sie nicht den letzten Wert des Lebens darstellen.

Die Verabsolutierung der Erwerbsarbeit überwinden

Ein distanzierteres Verhältnis zu „den Gütern der Welt“, zu dem das Wort aus dem Korinther-Brief auffordert, ist auch im Blick auf die Erwerbsarbeit schlechthin anzustreben. Tätig zu sein, seine eigenen schöp-

fungsgemäßen Talente zur Entfaltung zu bringen, gehört nach biblischem Verständnis zum Wesen des Menschen. Er bejaht sich selbst als Geschöpf, wenn er seine Gaben und Fähigkeiten nicht ruhen lässt, sondern aktiv gebraucht. Doch seine Würde ist nicht in seiner Arbeitsleistung begründet, sondern im Zuspruch, den er von Gott erfährt. Insofern ist es für das Selbstverständnis eines Christen zweitrangig, wie die Gesellschaft seine Tätigkeit einschätzt, ob er beispielsweise eine feste, sozialversicherungspflichtige Anstellung auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ findet, in einem „prekären“ Beschäftigungsverhältnis arbeitet, oder arbeitslos ist. Der Sinn des Lebens ist nach biblischem Verständnis nicht davon abhängig, welche Position jemand auf dem Arbeitsmarkt einnimmt. Martin Luther konnte selbst das Besenschwingen der Magd als einen „Gottesdienst“ bezeichnen, und damit hat er jeder Tätigkeit einen Wert zugewiesen, der unabhängig ist von ihrer gesellschaftlichen Anerkennung.



Es ist offenkundig, dass hier ein fundamentaler Unterschied zum gesellschaftsüblichen Verständnis von „Arbeit“ vorliegt. Die Position eines Menschen auf dem Arbeitsmarkt, die damit verbundenen Verdienstmöglichkeiten und der dadurch gegebene Konsumstandard bestimmen weitgehend sein Selbstverständnis. Worin er den Sinn seines Lebens sieht, macht er zum großen Teil – wenn nicht gar ausschließlich – von der marktmäßigen Anerkennung seiner Arbeitsleistung abhängig. Welche Probleme sich daraus ergeben, liegt auf der Hand. Die Übersteigerung der Erwerbsarbeit kann einerseits zu einer Arbeitsbesessenheit („workaholism“) führen, die die persönliche Gesundheit ruiniert und das Familienleben verkümmern lässt. Die Verabsolutierung der Erwerbsarbeit kann andererseits eine Sinnkrise auslösen, wenn man arbeitslos wird oder eine „prekäre“ Beschäftigung ausübt. Dass dies schwerwiegende Probleme einer „post-industriellen“ Arbeitsgesellschaft sind, ist inzwischen zum Allgemeingut von Sozialpsychologen und Soziologen geworden.

Man kann in einer „post-industriellen“ Gesellschaft menschlich leben, wenn man sich das biblische Verständnis von „Arbeit“ zu eigen macht

und die Erwerbsarbeit nicht verabsolutiert. Dann wird man weder zum „workaholic“, noch muss man verzweifeln, wenn man arbeitslos wird. Dass bei einer solchen Einstellung die staatlichen Programme zur Beschäftigung von „schwer vermittelbaren“ Arbeitslosen sehr viel erfolgreicher wären, sei nur nebenbei bemerkt.



Familien stärken

Eingangs war von *Sascha* die Rede. Er hat nie erlebt, was eine intakte Familie ist. Niemals hat ein Vater mit ihm Fußball gespielt, nach seinen Hausaufgaben gefragt, ihm Selbstdisziplin und Fleiß vorgelebt. Seine Mutter hat ihn als eine Belastung empfunden, und das ließ sie ihn spüren. Die Schule war überfordert, die Defizite der häuslichen Erziehung auszugleichen, und so war sein Weg zum arbeitslosen Sozialhilfeempfänger weitgehend vorgezeichnet. Was auf *Sascha* zutrifft – nämlich dass er auf Grund seines persönlichen Lebensweges als „schwer vermittelbar“ gilt – ist das Problem vieler Langzeit-Arbeitsloser. Weder die Schulpolitik noch die Beschäftigungspolitik können dieses Problem lösen.

Die Lösung muss viel früher ansetzen, nämlich bei der Erziehung im Kindheitsalter. Dafür bietet eine Familie immer noch die besten Möglichkeiten. In einer Familie können die Kinder lernen, sich selbst zu behagen, ihre Talente zu entfalten, Aufgaben zu lösen und in die Verant-

wortung für sich und Andere hineinzuwachsen. Das wird inzwischen allgemein anerkannt, wie das neu erwachte Interesse an einer Familienförderung zeigt.

Es sollte aber nicht übersehen werden, dass dabei ein ziemlich diffuses Verständnis von „Familie“ zugrunde gelegt wird. Sie wird überall dort gesehen, „wo Erwachsene und Kinder zusammenleben“. Ob es sich bei den Erwachsenen um einen Mann („Vater“) und eine Frau („Mutter“) handelt, ist gleichgültig; ob sie in einer ehelichen Verbindung leben, ebenfalls; die Partner können sich auch gegenseitig austauschen, wenn ihnen danach zumute ist usw. Dies entspricht dem Verständnis einer „patchwork family“, die ganz selbstverständlich mit dem Attribut „modern“ versehen wird, womit automatisch die traditionelle Familie als „überholt“ und „unzeitgemäß“ gilt. Das heißt: Die eheliche Gemeinschaft von Mann und Frau, in der menschliches Leben weitergegeben wird und die nach aller Erfahrung den besten Schutzraum für die Erziehung von Kindern bietet, diese Gemeinschaft gilt als „unzeitgemäß“ und „überholt“. Deutlicher könnte eine Gesellschaft ihre Verachtung für eine Lebensform, auf die sie angewiesen ist, kaum zum Ausdruck bringen.

Christen sind aufgefordert, sich nicht „nach dem Schema dieser Welt“ zu richten (Römer 12,2). Das gilt nicht nur in dem bereits erwähnten Sinne der Weigerung, sich einer Kultur der Unehrllichkeit anzupassen. Es gilt auch im Blick auf eine Familienkultur, die nicht dazu angetan ist, elementare Aufgaben für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft zu erfüllen. Diese Kultur versagt auch bei der Aufgabe, jungen Menschen die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, um in einer komplexen Arbeitswelt bestehen zu können. *Sascha* ist ein Opfer dieser Kultur.

In der Stärkung von Familien liegt also eine Herausforderung, die weit über den Beitrag zur Überwindung von Arbeitslosigkeit hinausgeht. Dieser Herausforderung nachzukommen, ist nicht einfach in einer Zeit, in der die außerhäusliche Erwerbsarbeit sehr viel höher bewertet wird als die zukunftssträchtige Arbeit in der Familie, und in der auch der Wunsch einer Frau nach Entfaltung ihrer beruflichen Fähigkeiten genauso berechtigt ist wie der entsprechende Wunsch eines Mannes. In einer Zeit, in der der Beruf „Mutter und Hausfrau“ (oder auch „Vater und Hausmann“) keine gesellschaftliche Anerkennung findet und darum nur von

einer kleinen Minderheit längerfristig ausgeübt wird, ist ein Paradigmenwechsel auch in der Familienpolitik nötig. Dieser Beruf muss als solcher anerkannt werden. Er braucht zudem eine sozialrechtlich und materielle Gleichstellung mit anderen Berufen, die sich der Betreuung, Erziehung und Bildung der nachwachsenden Generation widmen. Erst dann wird es zu einer echten Chancengleichheit und Wahlmöglichkeit kommen, in der Eltern eigenständig eine Form des Zusammenlebens finden, in der sowohl die häuslichen Aufgaben geteilt werden, soweit dies möglich ist (nicht in jeder Hinsicht kann der Vater die Mutter ersetzen), als auch die beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten von beiden genutzt werden können. Das geht nicht ohne Einschränkungen auf beiden Seiten. Man wird nicht alles zur gleichen Zeit haben können: Eine schnelle berufliche Karriere für Beide und eine intakte Familie, die Kindern eine Atmosphäre der Geborgenheit und des Vertrauens bietet. Maßnahmen einer staatlichen Familienpolitik können es leichter machen, den Beruf in der Familie und die außerhäusliche Berufstätigkeit nicht mehr gegeneinander auszuspielen, sondern gleichberechtigt miteinander zu vereinbaren. Aber die Entschlusskraft, Einsichtsfähigkeit und Geduld von Eltern können sie nicht ersetzen.

Solidarisch helfen

Das menschliche Problem der Arbeitslosigkeit ist vielschichtig. Zum Verlust der Erwerbsarbeit und dem damit verbundenen Einkommen treten sehr häufig der Verlust an Selbstachtung und an gesellschaftlicher Anerkennung sowie der Zweifel am Sinn des eigenen Lebens. Die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit lassen sich in der Regel nicht auf privater Ebene ausgleichen; die seelischen Folgen schon. Für einen Arbeitslosen ist es von unschätzbarem Wert, wenn er in eine menschliche Gemeinschaft integriert ist, in der er seine Probleme offen aussprechen kann, in der er Verständnis und Rat findet, und die ihm seine Selbstzweifel überwinden hilft. Dies zu bieten, ist eine große Herausforderung für christliche Gemeinden.

Eingangs war von *Heinz* die Rede, einem 53-jährigen Diplomingenieur. Seine Entlassung wurde ihm wenige Tage vor dem 25-jährigen Dienstjubiläum mitgeteilt. Es war ein Schock, der ihn zunächst völlig lähmte, und dann eine unbeschreibliche Wut auslöste. In einer Gruppe von

Christen konnte er offen darüber sprechen. Es half ihm, dass andere mit ihm gebetet haben. Allmählich fasste er wieder Mut und begann, sich zu bewerben. Als er eine Absage nach der anderen bekam, war er oft am Rand der Verzweiflung. Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe habe ihn während dieser Zeit „getragen“, wie er später sagte. Mit großer Zähigkeit besuchte er Fortbildungsseminare, um sein fachliches Wissen auf dem Laufenden zu halten. Dass er während der einjährigen Arbeitssuche nicht aufgeben hat und nicht bei jedem neuen Vorstellungsgespräch einen völlig unsicheren Eindruck machte, führt er auf die Tatsache zurück, dass er immer die Solidarität anderer Christen gespürt hat.

Die Möglichkeiten einer Gemeinde gehen über die persönliche Begleitung von arbeitslosen Menschen hinaus, wie das folgende Beispiel zeigt.

In einer Kleinstadt im Einzugsgebiet eines westdeutschen Ballungsgebiets haben 7 Mitglieder einer christlichen Gemeinde eine „Beschäftigungsgesellschaft“ gegründet. Ihr Ziel ist es, schwer vermittelbaren Langzeit-Arbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, den menschlichen Kontakt mit ihnen zu pflegen und ihnen eine ganzheitliche Lebensperspektive zu geben. Mit dem zuständigen Arbeitsamt trafen sie eine Abmachung, wonach sie im Jahre 2005 etwa 30 „Ein-Euro-Jobs“ anboten und für deren Betreuung einen gewissen Zuschuss erhielten. Die vom Arbeitsamt zugewiesenen Personen sind beispielsweise tätig bei der Hausaufgabenbetreuung von Kindern, bei der Reinigung abgelegener Straßen und Wege (in die kein Reinigungsfahrzeug kommt) oder bei der Pflege einer Parkanlage. Jeden Tag findet ein gemeinsames Mittagessen statt, das für eine geringe Kostenbeteiligung (€ 0,50) angeboten wird. In regelmäßigen Abständen werden Seminare durchgeführt, in denen es beispielsweise um die Stärkung der Konfliktfähigkeit geht oder um das Menschenbild, das uns eine leistungsorientierte Gesellschaft und das uns die Bibel vermittelt. Die Initiatoren dieses Projektes haben gelernt, dass für Langzeit-Arbeitslose nicht nur das Problem der Beschäftigungslosigkeit eine Rolle spielt, sondern auch das einer geringen Selbstachtung und einer ungeklärten Sinnfrage. Sie bieten deshalb nicht nur Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch Anregungen zur Stärkung des Selbstwertes und zur Beantwortung der Frage nach dem Lebensinn.

Das zuständige Arbeitsamt hat dieser Beschäftigungsgesellschaft seine besondere Anerkennung ausgesprochen, weil hier deutlich wurde, dass

die zugewiesenen Personen nicht als „Fälle“ behandelt worden sind, für die man öffentliche Gelder kassierte, sondern dass sie eine menschliche Zuwendung erfuhren und dass ihnen damit eine umfassende Lebenshilfe zuteil wurde. Es ist gelungen, einige der betreuten Personen in reguläre Arbeitsverhältnisse oder in Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln. Wo dies nicht gelungen ist, der auf ein Jahr befristete „Ein-Euro-Job“ ausgelaufen war und die betreffenden Personen an einer weiteren Zusammenarbeit interessiert waren, wurde für sie eine längerfristige Beschäftigung in einem dafür gegründeten Zweckbetrieb gesucht.

Das genannte Projekt ist ein Beispiel dafür, wie Christen mit einem wachen Sinn für die sozialen Probleme ihres Ortes unkonventionelle Lösungen finden, die Arbeitslose davor bewahren, ihre Selbstachtung zu verlieren und am Sinn ihres Lebens zu zweifeln.

Fazit

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat vor allem strukturelle Ursachen, die sich nicht leicht beheben lassen. Notwendig sind beherzte Reformschritte, die zu „weniger Staat“ und mehr Eigenverantwortung führen und die eingebettet sind in ein überzeugendes Gesamtprogramm. Es ist freilich nicht damit getan, ein solches Programm von der Politik zu fordern. Es muss von der Bevölkerung auch unterstützt werden, und das ist nicht ohne Änderungen in den vorherrschenden Verhaltensweisen und Einstellungen möglich.

Selbst eine spürbare Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ wird allerdings die Beschäftigungschancen von „gering qualifizierten“ Personen kaum verbessern. Der Staat kann diese Chancen erhöhen, indem er die Ausbildungsmöglichkeiten in einem differenzierten Schulwesen wesentlich verbessert. Doch ob und wie dann diese Möglichkeiten von den Menschen genutzt werden, ist eine Frage ihrer Motivation, ihres Arbeitsverständnisses und damit vor allem ihrer grundsätzlichen Lebensauffassung.

Wozu Christen und Gemeinden herausgefordert sind, das ist zunächst der Mut zur Wahrhaftigkeit. Die öffentliche Diskussion über die Arbeitslosigkeit ist reich an Selbsttäuschungen, Illusionen und Widersprüchen. Die Bevölkerung erwartet vom Staat Leistungen, deren Erbringung sie hartnäckig erschwert. Es wäre schon viel gewonnen, wenn dieser Widerspruch ins öffentliche Bewusstsein träte. In einem sehr praktischen Sinne sind Christen (und nicht nur sie) zur Wahrhaftigkeit im Umgang mit staatlichen Organen herausgefordert, insbesondere mit Steuerbehörden und mit den Ämtern für Sozialleistungen (Sozialämter, Arbeitsagenturen und dergleichen). Nur so lässt sich die kollektive Selbsttäuschung überwinden, die das Verhältnis des Bürgers zum Staat kennzeichnet.

Soll es gelingen, dem durch technische Entwicklungen und die Globalisierung vorgezeichneten Wandel in der Arbeitswelt besser zu entsprechen, ist es ferner notwendig, eine traditionelle Arbeitnehmer-Mentalität zu überwinden. Wir müssen selbstständiger werden. Im Blick auf die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und auf die Vorsorge für

persönliche Notfälle ist heute sehr viel mehr Eigenverantwortung notwendig, als dies noch vor 2–3 Jahrzehnten der Fall war.

Eine größere Selbstständigkeit muss keineswegs zu einem ruppigen, skrupellosen Arbeitsstil führen, wenn man die Erwerbsarbeit nicht verabsolutiert. Dazu verhilft eine Besinnung auf das biblische Verständnis von „Arbeit“. Sie kann vor einer Arbeitsbesessenheit ebenso bewahren wie vor einem Sinnverlust, wenn man keine dauerhafte Beschäftigung auf dem „Ersten Arbeitsmarkt“ findet.

Den Familien kommt bei der Vermittlung der Werte und Einstellungen, die für eine verantwortete Selbstständigkeit notwendig sind, eine eminente Bedeutung zu. Vom Staat kann erwartet werden, dass er die bestehende Diskriminierung der häuslichen Tätigkeit von Männern und Frauen aufhebt. Nicht zuletzt ist es aber eine Frage der persönlichen Werthaltung, ob man die Verbindlichkeit einer Familie eingeht und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Erziehung junger Menschen zu einer verantworteten Selbstständigkeit schafft.

Christliche Gemeinden können zur Wahrhaftigkeit motivieren, zur Selbstständigkeit ermutigen, der Erwerbsarbeit einen vernünftigen Stellenwert im persönlichen Leben geben und Arbeitslose davor bewahren, ihre Selbstachtung zu verlieren. Sie können zur Solidarität von Erwerbstätigen mit fester Anstellung, „prekär“ Beschäftigten und Arbeitslosen beitragen, denn die Gemeinschaft des Glaubens ist tiefer begründet als die Zugehörigkeit zur Erwerbsgesellschaft.

Die Evangelische Allianz

Über den Herausgeber

Die Evangelische Allianz hat sich 1846 als weltweiter Verbund in London konstituiert. Damit ist sie der am längsten bestehende Zusammenschluss evangelisch gesinnter Christen verschiedener Gruppen- und Gemeindegemeinschaften. Das Netzwerk der Deutschen Evangelischen Allianz umfasst örtliche Gruppen in 1105 Städten und Gemeinden in Deutschland und 340 überregional arbeitende Werke und Verbände. Gerne schicken wir Ihnen Informationen über unsere kontinuierliche Arbeit und auch Stellungnahmen zu anderen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu, z.B. in den Bereichen Lebensrecht, Familienpolitik, Islam.

Impressum

Deutsche Evangelische Allianz, Esplanade 5–10a, 07422 Bad Blankenburg.
Telefon: 03 67 41 / 24 24, Telefax: 03 67 41 / 32 12, e-mail: info@ead.de, www.ead.de.

Bankverbindung: Konto 416 800, Evangelische Kreditgenossenschaft (BLZ 820 608 00).

V.i.S.d.P.: Hartmut Steeb, Generalsekretär.

Gestaltung: David Steeb, Stuttgart.

Bilder: Digitalstock (1, 12), privat (3), Martina Berg/Fotolia (7), Marie Parecker/Fotolia (19), Mathew Hayward/Fotolia (20).

